

## ***Berlusconismo* mit guten Manieren**

Anmerkungen zur Regierungsumbildung in Italien

Rudy Weissenbacher

Mario Monti erhielt am 13. November 2011, einen Tag nach Silvio Berlusconis Demissionierung, von Staatschef Giorgio Napolitano, den Auftrag, eine Regierung aus »ExpertInnen« zu bilden. Pikanter Weise wurde der Führer jener Regierung, deren wichtigster Eckpfeiler die Deregulierung des Arbeitsmarktes sein würde, vier Tage vor dem Regierungsauftrag von Staatschef Napolitano zum Senator auf Lebenszeit ernannt. Diese Geste habe symbolisch bekräftigt, dass die neue Regierung – die von bislang in Opposition zueinander stehenden Parteien unterstützt wird – eine Regierung des Staatspräsidenten ist. Monti könne nun regieren, so Napolitano, ohne von den Beschränkungen von Partei- oder Wahlinteressen abhängig zu sein (Meletti 2012: 132).

Die Erleichterung über das Ende der Regierung Berlusconi verschaffte der neuen technokratischen Regierung, also einer Regierung, die aus nicht demokratisch gewählten »ExpertInnen« besteht, vorübergehend Umfragehoch und Vertrauensvorschluss. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie eine unübersehbare Kontinuität zur Ära Berlusconi darstellt und von handfesten Interessen italienischer Eliten getragen wird. Mario Monti ist, wie es der Politökonom Mario Pianta (2012: 155) ausdrückt, ein »Anhänger der liberalen Orthodoxie«, der »glaubt, dass Produktion und Beschäftigung wie durch Zauberei erscheinen können, sobald man die Märkte liberalisiert und die Kosten und den Schutz der Arbeit reduziert«. Obschon Monti hervorhebt, dass er autonom von den großen Mächten (»poteri forti«) agiere (er hat etwa als EU-Kommissar das Wettbewerbsverfahren gegen Microsoft geführt), ist es ein bekannter Umstand, dass er sehr gut in die neoliberalen Netzwerke von Wissenschaft, Politik und Ökonomie eingebettet ist. Er wurde in sein Amt als Premier von folgenden Rollen begleitet, schreibt Meletti (2012: 139): »Präsident der Universität Bocconi, Konsulent der Investmentbank Goldman-Sachs, Präsident der trilateralen Kommission in Europa, Vorstandsmitglied des Aspen Instituts Italiens, Vorstandsmitglied der Bilderberg-Gruppe.«

Monti wird gerne als »Anti-Berlusconi« präsentiert, wie die Süddeutsche Zeitung (Winter 2011) titelte, er sei »all das, was Berlusconi nicht ist: Er versteht viel von Wirtschaft, er verachtet parteipolitische Machtspiele und er hat Manieren.« Wie wir im Folgenden sehen werden, scheint es mehr Kontinuität als Brüche zu geben, weshalb ich von Regierungsumbildung spreche. Flores d'Arcais (2012: 17) bringt dies folgendermaßen auf den Punkt: »Die Regierung Napolitano-Monti-Passera ist der *berlusconismo* mit gebildetem Antlitz, das Programm von Berlusconi wird realisiert dank der einzigen Diskontinuität mit Berlusconi, den guten Manieren.« Wenn man sich nun den Rahmen der Bestellung der technokratischen Regierung betrachtet, dann erscheinen internationale und nationale Faktoren gleichermaßen bestimmend.

### »Dear Prime Minister«: Die EZB schreibt Berlusconi einen Brief

Nachdem die Regierungskoalition Berlusconi schon 2010 fast implodiert war, erschien sie 2011 schwer angeschlagen und zerstritten, als AkteurInnen auf den Finanzmärkten darauf zu wetten begannen, dass sich die Krise in der Eurozone auf Italien ausweite (McCrum 2011, Ricci 2011). Freitag, der 8. Juli 2011 bekam in Italien den Beinamen »schwarzer«. Internationale Anleger flüchteten aus italienischen Staatsanleihen, entwerteten existierende und machten neue italienische Schuldentitel teuer. Auch die italienischen Regierungen haben sich bislang der Vorstellung unterworfen, dass das Sparen der Ausweg aus der europäischen Krise sei. Sparen bedeutet auch in Italien in erster Linie Einschnitte ins Sozialsystem. Die strukturellen Hintergründe der ungleichen Entwicklung innerhalb der EU (vgl. z. B. Bellofiore/Halevi 2011 oder Lapavistas 2010) bleiben dabei im Hintergrund. Die BRD, deren Eliten Hauptprofiteurinnen dieser ungleichen Entwicklung sind, versucht die Radikalisierung der Austerität in allen EU-Ländern festzuschreiben. (Phillips 2011)

Italien machte mit der Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) als Austeritätspolizei Bekanntschaft. Diese wandte sich – ebenso im August 2011 – im Stile des Internationalen Währungsfonds (IWF), der seit der Kreditkrise der 1980er Jahre Gläubigerinteressen gegenüber verschuldeten peripheren Staaten vertrat, mit einem Ultimatum an den italienischen Premier Berlusconi. Sie forderte »notwendige Maßnahmen«, weil das bereits verabschiedete Sparprogramm zwar wichtig aber nicht ausreichend sei: Es sei äußerst wichtig, dass diese Maßnahmen »so schnell wie möglich per Dekret getroffen werden, gefolgt von einer Ratifikation durch das Parlament bis Ende September 2011. Eine Verfassungsreform, die die fiskalischen Regeln verschärft, wäre auch angebracht.« (Draghi/Trichet 2011).

### Die EZB liefert die Vorlage für die Technokratenregierung

Was forderte die EZB? Die Rezeptur enthält die bekannten Phrasen aus der Trickkiste der neoliberalen Magier. Die Regierung müsse entschiedener Maßnahmen durchsetzen, die das Wachstumspotenzial erhöhe: Erhöhung des Wettbewerbs in den Dienstleistungen, u. a. durch groß angelegte Privatisierungen, Reform des Kollektivvertragssystems in Richtung Verbetrieblung, Abbau des Kündigungsschutzes, Sicherung der »Nachhaltigkeit« der öffentlichen Finanzen. Dazu gehört, die schon beschlossenen Sparmaßnahmen um mindestens ein Jahr vorzuverlegen. Weitere Ausgabenkürzungen sollen 2013 ein ausgeglichenes Budget ermöglichen. Im Pensionsystem soll der Zugang zur Alterspension eingeschränkt werden, das Pensionsalter für Frauen im Privatsektor angehoben werden. Dem öffentlichen Dienst werden Einschränkungen der Nachbesetzungen und Lohnkürzungen anempfohlen. Schließlich soll eine automatische Defizitreduktionsklausel eingeführt werden, die jedes Abweichen vom Defizitziel automatisch durch »horizontale« Ausgabenkürzungen kompensiert. Die Kreditaufnahmen von regionalen und lokalen Regierungen sollen dabei streng überwacht werden (Draghi/Trichet 2011). Diese Forderungen konnten von der zerstrittenen Regierung Berlusconi nicht mehr erfüllt werden. Das Ultimatum erzürnte Berliconis Koalitionspartner Umberto Bossi, der ohnehin schon Probleme hatte, seiner Klientel die bisherigen Sparpakete zu verkaufen: »Das Problem ist, dass man entweder die Pensionen oder die Vermögen beschneidet.« (Boss: zit. n. Polidori 2011).

### **Wenn die Armen für die Reichen stimmen: Xenophobie, Postfordismus und Angst**

Aller Oppositionsrhetorik zum Trotz hatte auch Bossis *Lega Nord per l'indipendenza della Padania* in Rom eine Politik mitgetragen, die Italien im letzten Jahrzehnt zu einem der reichen Länder mit der größten Ungleichheit werden hat lassen. (Pianta 2012) »Wenn die Armen für die Reichen stimmen« (Caldiron 2010): die Lega Nord scheint von der wachsenden Ungleichheit politisch profitiert zu haben. Ein Drittel der ArbeiterInnen im Norden Italiens seien im letzten Jahrzehnt offen für eine Unterstützung der Lega geworden. Italien erscheine als ein »postfordistisches« Versuchslabor für die Definition eines Sozialprofils der Rechten. Die Veränderungen, die mit dem Ende des fordistischen Zeitalters nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden werden, führten zu einem Rückgang stabiler »lebenslanger« Beschäftigungsverhältnisse und zu einer Ökonomie, die mehr auf den Sektoren ausgerichtet ist und in der unsichere prekäre Arbeitsverhältnisse und kleinere Betriebe dominieren. Jene, die noch in »alten« Arbeitsverhältnissen arbeiten, versuchen diese zu verteidigen. »Der Kommunist bringt dir das Geld, aber es ist die Lega, die es verteidigt«, zitiert Caldiron (2010:93) einen Metallarbeiter aus Brescia. Die postfordistische Arbeitswelt sei in Italien schon in den 1990er Jahren sehr fortgeschritten gewesen: prä- und postindustrielle Arbeit, Heimarbeit, Familienarbeit, prekäre Arbeit. Mit der Veränderung der Arbeitswelt verändert sich auch die Repräsentation der ArbeiterInnen. Die Lega sei in dieser postfordistischen Ära eine Art Gewerkschaft des Territoriums, dessen Wohlstand verteidigt werde, gegen den Mezzogiorno Italiens, gegen EinwandererInnen nach Italien. Anders als die linken Parteien hätten die Lega bzw. die Koalition der neuen Rechten auf die Situation der Menschen in diesem veränderten Kapitalismus reagiert, allerdings mit einer Politik, die aus Elementen von Angst, Groll, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus besteht. (Caldiron 2010: 88 ff.) Die »positive« Sinnstiftung im Zeitalter des Postfordismus, der durch das Fernsehen vermittelte Konsumismus (vgl. Weissenbacher 2008: 109), fand in Italien seine Verkörperung in Silvio Berlusconi.

### **Das Bankenkabinett rettet die Banken**

Der Grund, weshalb Italien trotz struktureller sozialer und ökonomischer Probleme und einem »verlorenen Jahrzehnt« (Caselli/Pastrello 2011) dennoch bis vor kurzem als relativ stabil galt, war Indikatoren geschuldet, die Italiens Wirtschaft im internationalen Vergleich positiv erscheinen ließen. So hatte Italien eine positive Primärbilanz im Budget und im Unterschied zu Griechenland eine industrielle Basis. Die Verschuldung Italiens liegt mit 120% des BIP nach Japan 229% und Griechenland 152% zwar an dritter Stelle der »entwickelten« Länder (IMF 2011: 11), dies wurde jedoch bis vor kurzem ähnlich stabil wie die japanische Situation eingeschätzt, weil die Staatsverschuldung wesentlich von nationalen GläubigerInnen getragen wurde (im Fall Italiens: zwei Drittel der öffentlichen Schuld). Für die italienischen Banken war dies auch profitabel: sie finanzierten sich günstig über die EZB und hielten dafür italienische Schuldtitel, Schätzungen zufolge bis zu 150% über den Rücklagen. 2011 scheint diese Strategie aber weniger profitabel geworden zu sein, während die Banken selbst auf Finanzierungsprobleme gestoßen seien. Sie hätten zwar die italienischen Staatsschuldtitel nicht abgestoßen, aber weniger gekauft und es ausländischen Investoren

überlassen, den Unterschied in der Nachfrage zu füllen. Die Erwartung der sinkenden Nachfrage fütterte die Spekulation, während die italienischen Banken selbst auf den Börsen unter Druck gerieten (Ricci 2011). Das neue Kabinett Monti rettete die Banken gleich mit seinem ersten Dekret »Rette Italien«. Man könne es auch »Rette die Banken« nennen, argumentiert Dragoni (2012: 98 f.): Der Staat garantiert für die Schulden der in Schwierigkeiten steckenden Banken, mit »diesem Schutz haben die Banken spielend Anleihen herausgeben können, diese allein unterschreiben (gleichsam Geld drucken) und der Europäischen Zentralbank präsentieren können, als Garantie für eine dreijährige Anleihe zu einem Schleuderzinssatz, nämlich einem Prozent pro Jahr. Dank dieser Art Bankomat haben die italienischen Banken 255 Milliarden Euro abgehoben, ein Viertel des in ganz Europa von Mario Draghi verteilten Milliardenregens. Mit diesem leichten Geld kaufen die Banken auch Staatstitel, die mindestens 4–5 Prozent jährlich einbringen, der Gewinn ist gesichert.«

### **Der Staatspräsident bildet die Regierung um**

Wir haben schon gesehen, dass die technokratische Regierung eine vom Staatspräsidenten organisierte ist (vgl. D'Esposito 2012). Der Premier Mario Monti fungiert auch als Finanz- und Wirtschaftsminister. Gab es aber einen politischen Wechsel? Gräbt man unter die Oberfläche muss man diese Frage mit Nein beantworten. Die Journalisten Travaglio und Sansa (2012: 80-97) präsentieren wesentliche ProtagonistInnen des politischen Regierungs- und Machtnetzwerkes der Regierung Berlusconi, die von der Regierung Napolitano-Monti-Passera beibehalten wurden oder nur personell rochierten. Die dutzenden Namen inkludieren stellvertretende Minister, Beamte, Juristen und Manager. Viele Verbindungslinien laufen über persönliche Beziehungen zum Staatssekretär im Kanzleramt der Berlusconi-Regierung, Gianni Letta, einige in den Vatikan. Der Einfluss der katholischen Kirche auf die neue Regierung ist substanziell. (Gigante 2012: 116 f., Meletti 2012: 130)

Doch auch bei den Neubesetzungen auf Ministerebene werden Kontinuitäten und Interessenlagen deutlich. Der »Superminister« für Industrie, ökonomische Entwicklung, Infrastruktur, Transport, Kommunikation und Handelsmarine, Corrado Passera, war Vorstandsvorsitzender und die Arbeits- und Welfareministerin, Elsa Fornero, Vizepräsidentin des Aufsichtsrats des zweitgrößten Kreditinstituts Italiens, der Turiner *Intesa Sanpaolo*. Der Minister für Tourismus, Piero Gnudi, war hingegen Verwaltungsrat der größten italienischen Bank, der Unicredit (zudem Vorstandsmitglied des italienischen Industriellenverbands Confindustria), der Minister für Unterricht, Universitäten und Forschung, Francesco Profumo, Verwaltungsrat der Unicredit Private Bank. »Kurz und gut«, schließen Travaglio und Sansa (2012: 79), »die Gleichberechtigung zwischen den beiden größten italienischen Banken erscheint quasi respektiert. Aber auch für die kleineren verblieb etwas: Piero Giarda, Minister für die Beziehungen zum Parlament, war, unter anderem, auch Präsident der *Cassa del Trentino* und Aufsichtsrat des *Banco Popolare*.«

Passera erscheint als Symbol für die Verflechtung der zwei großen Wahlbündnisse, Berlusconi's Pdl (Popolo della Libertà) und dem Pd (Partito democratico), mit dem italienischen Großkapital. Berlusconi soll Passera persönlich für diese Position in der Regierung festgelegt haben, als Gegenleistung dafür, dass er den Weg für eine technokratische Regierung frei mache (Travaglio/Sansa 2012: 78). Die Intesa ist auch

»eine der Hauptfinanziers des Berlusconi-Imperiums«. (Dragoni 2012: 108) Bevor Passera aber 2008 ins Lager von Berlusconi wechselte, stand er dem Mitte-Links-Bündnis nahe. (Dragoni 2012: 102 f.)

Passeras Seitenwechsel habe mit den Verflechtungen der Intesa als Teilhaberin und Kreditörin bei der Übernahme der angeschlagenen italienische Fluglinie Al-Italia durch die Compagnia Aerea Italiana (CAI) zu tun. Die Intesa ist auch in andere infrastrukturelle Großprojekte involviert, etwa mit einer Beteiligung von 20% an der Gesellschaft Ntv, den »neuen schnellen Zügen«, die Passera vor drei Jahren als »ein schönes Systemprojekt, gesund, solide, durchgeführt gemeinsam von vier Freunden« (zit. n. Travaglio/Sansa 2012: 79) bezeichnet habe. Ntv soll der staatlichen Eisenbahnlinie Fs (Ferrovie dello stato) auf den einträglichen Strecken Konkurrenz machen. Gleich nach der Regierungsbildung stellte sich die Frage der Vereinbarkeit seiner bisherigen Banktätigkeit mit dem Ministeramt. (Dragoni 2012: 99, o. A. 2011) Passera hielt an den großen Projekten des Berlusconi-Regierungsplans fest, inklusive des umstrittenen Hochgeschwindigkeitszugs Lyon-Turin. (Travaglio/Sansa 2012: 79.) Gleich mitgebracht und zum stellvertretenden Minister für Infrastruktur gemacht hat Passera Paolo Ciaccia, der schon bislang bei der Intesa seine rechte Hand und dort als Vorstandsvorsitzender der Biis (Banca infrastrutture innovazione sviluppo) für die Finanzierung öffentlicher Infrastruktur verantwortlich gewesen war. (Travaglio/Sansa 2012: 79.) Der Konflikt zwischen öffentlichen Interessen (Infrastrukturentwicklung) und privaten Profitinteressen ist unübersehbar. (Dragoni 2012: 100) Schließlich leben auch in Passera die guten Beziehungen zur katholischen Kirche der rechten Vorgängerregierung fort, die Berlusconi, aller moralischen Kontrapunkte zur herrschenden Kirchenlehre zum Trotz, die Gefolgschaft der christlichen Wählerschaft gesichert hatte. Dies scheint bereits Strategien für die Wahlen 2013 zu beinhalten, in denen wesentliche Elemente von Berlusconi's Politik in einer neuen Bewegung oder Partei gesammelt werden könnten: Passera, der immer gut darin gewesen sei, zwischen rechts, Mitte und links zu »schlängeln«, »gefällt auch dem Kirchenvolk und präsentiert sich als optimaler Kandidat, um das neue [politische] Zentrum zu führen, das auch [dem Präsident der Bischofskonferenz, Angelo] Bagnasco gefallen würde«. (Gigante 2012: 115)

## Fazit

Neu ist an dieser Regierung nur, dass sie auch vom bislang oppositionellen Pd unterstützt wird. Dies gibt den neoliberal motivierten Eliten Italiens die Möglichkeit, eine Politik zu forcieren, der bislang noch gewisse Schranken gesetzt waren. Rückenwind bläst von den ebenso motivierten VertreterInnen der europäischen Regierungs- und Wirtschaftsstrukturen. Angeführt von Staatspräsident Napolitano, der wie einige seiner Parteifreunde des Pd seine politische Karriere in der kommunistischen Partei begonnen hatte, scheint der Eckpfeiler des Liberalisierungs- und Privatisierungsprogramms der Regierung Napolitano-Monti-Passera die Deregulierung des Arbeitsmarkts zu sein, indem das Arbeitsrecht, das in Italien bislang für unbefristete Verträge einen hohen Kündigungsschutz bot, verändert werden soll. Es sei ein radikaler Wechsel der Philosophie, argumentierte die Arbeitsministerin Elsa Fornero: »Vom Schutz des einzelnen Arbeitsplatzes gehen wir über zu jenem des einzelnen Arbeiters auf der Suche nach Beschäftigung« (zit. nach Bartocci 2012). Die Konsequenz dieser

Politik kann mit der Frage des Journalisten Marco Travaglio (zit.n. Flores d'Arcais 2012: 18) zusammengefasst werden: »Um die Nicht-Geschützten zu schützen, entzieht man den Geschützten den Schutz, sodass niemand mehr geschützt ist?« Diese Restrukturierung stand jedenfalls schon auf der Agenda der Berlusconi-Regierung (Briziarelli 2011: 11), erlebte aber noch vor zehn Jahren heftigen Gegenwind durch Massenproteste. Nun scheint die Angst vor den FinanzmarktakteurInnen und das Exempel, das an Griechenland statuiert wird, jedoch eine Fenster für eine radikale liberale Politik zu öffnen, die Berlusconi in dieser Form nicht gelungen ist, mit einer US-Amerikanisierung des Arbeitsmarkts und der Gewerkschaften: »Demütigen und zerstören, was noch an »autonomer und allgemeiner« Gewerkschaft übrig ist [ ], ist das strategische Ziel der Regierung Napolitano-Monti-Passera« (Flores d'Arcais 2012: 19). Für Monti ist der Fall (zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Beitrags) abgeschlossen: Er diskutiere mit der Gewerkschaft (natürlich spricht Monti von den Sozialpartnern, aber da die Arbeitgeberseite in der Regierung sitzt, ist klar, wer gemeint ist), aber der Hauptansprechpartner sei das Parlament, denn »unsere Zielsetzung ist das Allgemeininteresse« (zit. nach Bartocci 2012). Und dort droht Monti mit Rücktritt. (o. A. 2012) Allgemeininteresse für Unternehmer sieht der liberale Monti aber so: »Wer Fiat führt hat das Recht und die Pflicht, für seine Investitionen und seine Standortwahl die vorteilhaftesten Lösungen zu wählen« (zit. n. Demichelis 2012).

Die geplante Arbeitsmarktreform scheint bereits am Vertrauen der Bevölkerung in die technokratische Regierung zu nagen (Tonelli 2012). Veränderungspotential von Seiten der Parlamentsparteien ist aber wenig zu sehen. Der Pdl Berlusconi scheint in einer relativ komfortablen Position zu sein, kann bequem Gras über die Regierungsjahre wachsen lassen, während er die Politik dennoch weiter bestimmt. Der Pd ist mit dem vorerst missglückten Vorstoß, ein Zweiparteiensystem ähnlich jenem der USA zu errichten, gescheitert, hat aber mit der Ausgrenzung jeder linker Tradition und jedem linken Bündnis dazu beigetragen, dass es im derzeitigen Parlament keine linken ParlamentarierInnen gibt. Das nach dem Zusammenbruch der Mitte-Links-Regierung 2008 hastig organisierte Bündnis aus kommunistischen Parteien, linken SozialdemokratInnen und Grünen (Arcobaleno) blieb unter der 4-Prozenthürde (Anderson 2009a&b, Pasquino 2009). Der Pd ist zerrissen und fürchtet wohl Neuwahlen, seine Wählerschaft scheint die Politik der technokratischen Regierung mehrheitlich zu missbilligen, aber die Regierung selbst mehrheitlich positiv zu betrachten (Diamanti 2012). Der »dritte Pol« (Terzo Polo), eine Art Sammelbecken aus Flüchtlingen aus dem Berlusconi-Bündnis (katholische Zentristen, moderate Faschisten und Regionalparteien) werden wohl einiges an liberalen »Reformen« mittragen. Während die Lega Nord nun von einem Korruptionsskandal vorläufig lahm gelegt wird, ist noch nicht deutlich, welche Dynamik von der SEL (Sinistra, Ecologia, Libertà – Linke-Ökologie-Freiheit) Nichi Vendolas für die spätestens 2013 stattfindenden Parlamentswahlen ausgehen können wird.

Opposition gegen das Austeritätsprogramm der Regierung wird einmal mehr von der Piazza ausgehen bzw. aus den Betrieben kommen müssen. Das ist bereits sichtbar. Unter den Initiativen und Organisationen sei hier abschließend nur kurz auf die etablierten Gewerkschaften verwiesen. Abgesehen von der Metallarbeitergewerkschaft Fiom (Federazione Impiegati Operai Metallurgici), die Teil des linken Gewerkschaftsbundes CGIL (Confederazione Generale Italiana del Lavoro) ist, schienen sich die Gewerkschaften schon mit der Änderung des Arbeitsrechtes abzufinden.

Fiom mobilisiert für Streiks, doch Detailfragen der Gesetzesänderung und vor allem das Schicksal jener über 50jährigen, die durch die neue Situation fürchten müssen, ihre Beschäftigung zu verlieren, aber über keine ausreichende Absicherung verfügen («esodati»), bzw. die geplanten Pensionskürzungen, scheinen auch noch einmal die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens der Gewerkschaften anzudeuten.

## Literatur

- Anderson, Perry (2009a) An Entire Order Converted into What It Was Intended to End. In: London Review of Books 31/4, 3-8. <http://www.lrb.co.uk/v31/n04/perry-anderson/an-entire-order-converted-into-what-it-was-intended-to-end> (2. April 2012).
- Anderson, Perry (2009b) An Invertebrate Left. In: London Review of Books 31/5, 12-18. <http://www.lrb.co.uk/v31/n05/perry-anderson/an-invertebrate-left> (12. April 2012).
- Bartocci, Matteo (2012) Articolo 18 addio, entriamo nell'era della flessibilità in uscita. In: Il manifesto, 21. März 2012, <http://www.ilmanifesto.it/attualita/notizie/mricN/6852/> (22. März 2012).
- Bellofiore, Riccardo / Halevi, Joseph (2010) »Could be Raining«. The European Crisis After the Great Recession. In: International Journal for Political Economy 39/4, 5-30.
- Briziarelli, Marco (2011) Neoliberalism as a state-centric class project: The Italian case. In: Continuum 25/1, 5-17.
- Caldiron, Guido (2010) Quando i poveri votano per i ricchi. In: MicroMega 3. Destre e/o libertà. Supplemento, 87-94.
- Caselli, Gian Paolo/ Pastrello, Gabriele (2011) Il nostro decennio perduto. In: Limes 2, 233-240.
- D'Esposito, Fabrizio (2012) Il Lord Protettore del governo dell'inciucio. In: MicroMega 2, 122-129.
- Demichelis, Lelio (2012) Monti, Marchionne e l'estremismo liberista. In: MicroMega, 19. März 2012, <http://temi.repubblica.it/micromega-online/monti-lestremista-liberista/> (2. April 2012).
- Diamanti, Ilvo (2012) I quattro dilemmi che lacerano il Pd. In: La Repubblica, 26. März 2012, [http://www.repubblica.it/politica/2012/03/26/news/i\\_quattro\\_dilemmi\\_che\\_lacerano\\_il\\_pd-32207204/](http://www.repubblica.it/politica/2012/03/26/news/i_quattro_dilemmi_che_lacerano_il_pd-32207204/) (2. April 2012).
- Draghi, Mario/ Trichet, Jean-Claude (2011) La lettera originale in inglese. In: Corriere della sera, 29. September 2011, [http://www.corriere.it/economia/11\\_settembre\\_29/trichet\\_draghi\\_inglese\\_304a5f1e-ea59-11e0-ae06-4da866778017.shtml?fr=correlati](http://www.corriere.it/economia/11_settembre_29/trichet_draghi_inglese_304a5f1e-ea59-11e0-ae06-4da866778017.shtml?fr=correlati) (28. März 2012).
- Dragoni, Gianni (2012) Curriculum vitae di un aspirante premier. In: MicroMega 2, 98-109.
- Flores d'Arcais, Paolo (2012) Il governo Napolitano-Monti-Passera e la continuità col berlusconismo. In: MicroMega 2, 13-26.
- Gigante, Valerio (2012) Il pio Monti e i suoi chierichetti. In: MicroMega 2, 110-121.
- International Monetary Fund (IMF 2011) Global Financial Stability Report. Durable Financial Stability. Getting There from Here. Washington, April.
- Lapavistas, Costas et al. (2010) Eurozone Crisis: Beggar thyself and thy neighbour. RMF Occasional Report, March 2010.
- McCrum, Dan (2011) US hedge funds bet against Italian bonds. In: Financial Times, 10. Juli 2011, <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/e1b83238-aae6-11e0-b4d8-00144feabdc0.html#axzz1TrIeRCEE> (2. August 2011).
- Meletti, Giorgio (2012) Monti e i »poteri nostrani«. In: MicroMega 2, 130-141.
- o. A. (2011) Passera: »Niente conflitto d'interessi«. In: La Repubblica, 17. November 2011, [http://www.repubblica.it/politica/2011/11/17/news/ministri\\_primo\\_giorno-25157160/](http://www.repubblica.it/politica/2011/11/17/news/ministri_primo_giorno-25157160/) (2. April 2012)
- o. A. (2012) Monti: »Se il Paese non è pronto, il governo potrebbe anche lasciare«. In: La Repubblica, 26. März 2012, [http://www.repubblica.it/politica/2012/03/26/news/monti\\_seul-32208712/](http://www.repubblica.it/politica/2012/03/26/news/monti_seul-32208712/) (2. April 2012).
- Pasquino, Gianfranco (2009) The Democratic Party and the restructuring of the Italian party system. In: Journal of Modern Italian Studies 14/1, 21-30.
- Phillips, Leigh (2011) Germany to propose unelected »stability council« for EU. In: EU Observer 10. August 2011, <http://euobserver.com/19/113251> (16. August 2011).
- Pianta, Mario (2012) Il professor Monti bocciato in economia. In: MicroMega 2, 151-160.

- Polidori, Elena (2011) Draghi e il Tesoro nel mirino di Bossi. »Lettera Bce scritta a Roma e Tremonti fumoso«. Il governatore non raccoglie l'accusa. In: La Repubblica 12. August 2011, 4.
- Ricci, Maurizio (2011) »Colpire l'Italia per far sparire l'euro«. I fondi lanciano l'offensiva finale. In: La Repubblica, 12. Juli 2011, 4.
- Tonelli, Matteo (2012) Governo, fiducia in calo effetto articolo 18 su Monti. In: La Repubblica, 26. März 2012, [http://www.repubblica.it/politica/sondaggi/2012/03/28/news/fiducia\\_marzo-32297367/](http://www.repubblica.it/politica/sondaggi/2012/03/28/news/fiducia_marzo-32297367/) (2. April 2012).
- Travaglio, Marco/Ferruccio, Sansa (2012) Quanto Berlusconi c'è in Monti? In: MicroMega 2, 77-97.
- Weissenbacher, Rudy (2008) Keeping Up Appearances: Uneven Global Development in a System of Structural Imbalances. In: Journal für Entwicklungspolitik 24/4, 78-121.
- Winter, Martin (2011) Anti-Berlusconi in Wartestellung. In: Süddeutsche Zeitung, 9. November 2011, <http://www.sueddeutsche.de/politik/italiens-einstiger-eu-kommissar-mario-monti-anti-berlusconi-in-wartestellung-1.1184449> (2. April 2012).